

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüngenrön, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüngenrön, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Nr. 162.

59. Jahrgang.

Dienstag, den 16. Juli

1912.

Im Handelsregister ist heute auf Blatt 326 für den Stadtbezirk die Firma: **Eduard Friedrich & Sohn, Gesellschaft mit beschränkter Haftung**, mit dem Sitz in **Eibenstock** eingetragen worden.

Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. April 1911 abgeschlossen worden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und der Fortbetrieb der bisher von der Firma **Eduard Friedrich & Sohn** in **Eibenstock** betriebenen Möbelfabrik.

Das Stammkapital beträgt einhundert und fünf und zwanzig Tausend Mark. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Der Kaufmann **Walter Friedrich** in **Eibenstock**.

Frau **Clara** verm. **Friedrich**, als Mitinhaberin der Firma **Eduard Friedrich & Sohn** überläßt der Gesellschaft das auf Blatt 1269 des Grundbuchs für Eibenstock eingetragene Fabrikgrundstück nebst Gebäuden eigentümlich. Andererseits überläßt die Firma **Eduard Friedrich & Sohn** das von ihr im jetzigen Umfange betriebene Fabrikationsgeschäft mit allem Zubehör, Maschinen, Inventar u. Gerätschaften dergestalt eigentümlich der Gesellschaft, daß das Geschäft vom 15. April 1911 ab als auf Rechnung der Gesellschaft geführt, angesehen wird.

Diese Sacheinlagen sind um den Betrag von 68000 Mark (nach Abzug der Hypotheken) angenommen worden.

Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Amtsblatt für die Stadt Eibenstock.

Eibenstock, den 15. Juli 1912.

Königliches Amtsgericht.

Öffentliche Zustellung.

Der Schuhmachermeister **Wenzl Schuldes** in Eibenstock, — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Hafjurther** in Eibenstock — klagt gegen den **Rutcher Johann**

Hartmann, früher in **Eibenstock**, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß ihm der Beklagte aus käuflicher Lieferung von Waren und Vornahme von Ausbesserungen 20,40 M. schuldig sei und beantragt, zu erkennen:

Der Beklagte wird in vorläufig vollstreckbarer Form verurteilt, dem Kläger 20,40 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits, sowie die des vorausgegangenen Arrestverfahrens zu tragen.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht Eibenstock

auf den 3. September 1912, vormittags 9 Uhr

geladen.

Eibenstock, den 13. Juli 1912.

Der Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Öffentliche Zustellung.

Die Firma **A. J. Kaligh Nachf.** — Inhaber **Max Rosenthal** — in Eibenstock — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt **Hafjurther** in Eibenstock — klagt gegen den **Rutcher Johann Hartmann**, früher in **Eibenstock**, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, unter der Behauptung, daß ihr der Beklagte aus käuflicher Lieferung von Waren 8,90 Mark schuldig sei und beantragt, zu erkennen:

Der Beklagte wird in vorläufig vollstreckbarer Form verurteilt, der Klägerin 8,90 M. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits, sowie die des vorausgegangenen Arrestverfahrens zu tragen.

Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor das Königliche Amtsgericht Eibenstock

auf den 3. September 1912, vormittags 9 Uhr

geladen.

Eibenstock, den 13. Juli 1912.

Der Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.

Die badischen Budgetverweigerer.

Nunmehr ist auch in Baden die sozialdemokratische Fraktion dem Beispiel ihrer Parteigenossen im Reichstag, im preussischen Abgeordnetenhaus und in den anderen deutschen Parlamenten gefolgt und hat, entgegen ihren sonstigen Gesinnungen, das Budget abgelehnt. Der Grund zu dieser Maßnahme ist, wie eine vorausgegangene Erklärung des Fraktionsführers **Kolb** bezeugt, der, daß die badische Regierung die Mitglieder der Sozialdemokratie nicht auf allen Gebieten als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln will. Es ist erinnerlich, daß der badische Ministerpräsident **Freiherr von Dusch** bei der allgemeinen Staatsdebatte Ende Januar d. Js. zur Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie aufgefordert und dabei gesagt hat: Was ein patriotisches Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit den anderen Parteien im Reichstage anbelange, so seien seine Hoffnungen auf das geringste Maß beschränkt. Im letzten Sommer, als es sich um die Existenzfrage des deutschen Reiches handelte, habe sich die Sozialdemokratie geradezu empören benommen. Wenn die Sozialdemokratie den Ministern empfehle, ihren Monarchen vorzuschlagen, einen Modus vivendi mit der Sozialdemokratie zu treffen, so bedeutet das geradezu eine Herausforderung und Belcidigung der Regierung. Unter solchen Umständen könne der Friede zwischen der Sozialdemokratie und der Regierung nicht hergestellt werden. Hierauf bezugnehmend betonte der Abgeordnete **Kolb** in seiner Erklärung, daß die verantwortlichen Minister durch diese Art der Bekämpfung seiner Partei den Boden der Verfassung verlassen. Unter diesen Umständen halte die sozialdemokratische Fraktion es für ein natürliches Gebot der Selbstachtung, wenn sie den schärfsten Protest dagegen durch Ablehnung des Bilanzgesetzes zum Ausdruck bringe. Die Fortschrittliche Volkspartei ließ eine Erklärung abgeben, worin sie die Ablehnung des Budgets durch die Sozialdemokraten bedauert und der Regierung die Verantwortung dafür zuschiebt, weil sie es nicht über sich gebracht habe, der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber die Haltung einzunehmen, die vorgezeichnet war durch ihre ausdrückliche Versicherung, sie stände auf dem Boden der Verfassung, sei eine Reformpartei, die auf allen Gebieten konsequente Reformarbeit leisten wolle und den allerbesten Willen habe, positiv mitzuarbeiten. Leider habe die Regierung dieser Partei gegenüber mehrfach den Grundgedanken der Gleichberechtigung aller Staatsbürger dem Staate gegenüber außer Acht gelassen. Die Regierung selbst hüllte sich in Schweigen. Sie hat mit ihrer Haltung natürlich der Sozialdemokratie einen unschätzbaren Dienst erwiesen, denn wegen der Annahme des Budgets vor zwei Jahren wurde bekanntlich auf dem Parteitage in Magdeburg über die süddeutschen Genossen ein scharfes Rebergericht abgehalten. Das

Verbot der Budgetbewilligung wurde erneuert und ein Antrag angenommen, wonach mit einem wiederholten Verstoße gegen dies Verbot die Voraussetzungen des Ausschlusses aus der Partei gegeben seien. Durch das Entgegenkommen der badischen Regierung wird es also in Chemnitz auf dem bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitage garnicht nötig sein, den leidigen Budgetstreit aufs neue aufzurollen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Ueber den Empfang und die Anwesenheit des Kaisers in Dresden sind bisher nachstehende Bestimmungen getroffen worden: Der Kaiser wird am 28. August voraussichtlich nachmittags 3 Uhr in Dresden (Hauptbahnhof) eintreffen, woselbst auf allerhöchsten Befehl großer militärischer Empfang stattfindet. Auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof wird als Ehrenkompagnie die 6. Kompagnie des 2. Grenadierregiments mit Fahnen, Spielmannszug und Regimentsmusik Aufstellung nehmen. Als Geleitesabron beim Einzug wird eine Eskadron des Kaiser-Mannens-Regiments Nr. 21 (Chemnitz) befohlen. Zur Spalierbildung werden das 2. Grenadierregiment, sowie das Kadettenkorps und die Soldaten-Anabenerziehungsanstalt herangezogen. Im großen Schloßhof in Dresden wird eine Ehrenkompagnie vom 19. Armeekorps, und zwar die 5. Kompagnie des Regiments „Kronprinz“ Nr. 104 (Chemnitz) mit Fahnen, Spielmannszug und Regimentsmusik Aufstellung nehmen. Am 29. August 11 Uhr vormittags wird auf dem Truppenübungsplatz **Zeitheim** die Kaiserparade über die beiden sächsischen Armeekorps abgehalten werden. Am 7. Uhr abends findet im königl. Residenzschloß zu Dresden Paradedafel statt. Um 9 Uhr beginnt unter Führung des Majors von **Dombrowski**, Adjutant des Kriegsministers, der große Zapfenstreich auf dem Theaterplatz in Dresden.

Eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler. Wie in Wiener gutunterrichteten Kreisen verlautet, dürfte der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen, **Graf Berchtold**, in der zweiten Hälfte des August eine Zusammenkunft mit dem deutschen Reichskanzler während dessen Gastener Kurbesuches haben.

Ein neuer Admiral. Bei den nächsten Personalveränderungen in den höchsten Kommandostellen der Flotte wird auch der Chef des Admiralstabes der Marine, **Vizeadmiral von Heeringen**, ein Bruder des Kriegsministers, zum Admiral befördert werden.

Freilassung **Kostewitsch**? Die Freilassung des russischen Artillerieoffiziers **Kostewitsch** soll

jetzt unmittelbar bevorstehen. Wie die „Börs. Ztg.“ von gut unterrichteter Quelle erfährt, soll **Kostewitsch** Ende der nächsten Woche aus der Haft entlassen werden, da die Untersuchung nichts Belastendes ergeben hat. Es wird nur die Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig abgewartet, wo sich sämtliche Akten über die russische Spionageaffäre zurzeit befinden.

Schweiz.

Zürich militärisch besetzt. Drei von der Regierung aufgebotene Infanteriebataillone und eine Schwadron Kavallerie sind in Zürich eingerückt. Die großen Industrieetablissemments wurden militärisch besetzt. Der Stadtrat hat provisorisch ein vollständiges Verbot des Streikpostenslehrens erlassen. Er hatte auch die Regierung um das Truppenaufgebot ersucht. Die Straßenbahn fährt wieder. Bis jetzt sind keine Zusammenstöße vorgekommen.

England.

Neuerlicher Ausstand in den **Lenaer Goldminen**. Die Arbeiter in den Goldminen des **Lena-Bezirks**, die auf Wunsch des revidierenden **Senators Manchin** die Arbeit wieder aufgenommen hatten, streiken abermals. Ihre Forderungen sind: Lohnauszahlung und kostenfreie Beförderung bis zur nächsten Bahnstation. Sie erkennen zwar an, daß der von **Manchin** vereinbarte neue Arbeitsvertrag ihre Lage verbessert, erklären aber, dieser Fortschritt sei illusorisch, solange die bisherige Verwaltung, die für das Gemetzel verantwortlich sei, nicht durch eine andere ersetzt und zur Verantwortung gezogen werde.

England.

Eine Rede **Lloyd Georges**. Auf einem Bankett in **Mansionhouse** hielt **Lloyd George** eine Rede, in welcher er auf den unvergleichlichen Aufschwung des Handels im gegenwärtigen Augenblick hinwies. Es seien nur zwei möglicherweise störende Elemente vorhanden, die die guten Aussichten beeinflussen könnten, nämlich Arbeiterunruhen und die einer internationalen Verwicklung. Die Lage sei nach seiner Auffassung noch niemals besser gewesen. Als er im Jahre 1911 in einer ähnlichen Versammlung gesprochen habe, sei der Ausblick viel sorgenvoller gewesen. Er sei angenehm davon überrascht, im Jahre 1912 die Empfindung zu haben, daß das beunruhigende Element in den Beziehungen zu **Marokko** in einer für alle Teile befriedigenden Weise beseitigt worden sei. Es sei keine Empfindlichkeit und nichts vorhanden, das die erwähnte Aera der Verblüdung zerstören könnte. Die Lage sei gut und verspreche noch bessere. Die Atmosphäre sei klarer. Er sehe nichts in der gegenwärtigen Lage, das Unbehagen und Sorge erwecken könnte.

Verbrecherische Taten englischer Suffragetten. Die Tochter **Sir John Crags**, eine fanatische Frauenrechtlerin, wurde bei dem Versuche,